

Er fordert seine Leser heraus, aber sich selber nicht weniger: Salman Rushdie wird siebzig **SEITE 28**

Vielleicht sind die Klischees ja das Schönste an Italien: Das Theater Neumarkt zelebriert Freilufttheater **SEITE 29**

Die Hasser und die Heuchler

Wo sie leben, ist ihnen egal, solange der Komfort stimmt: Die neuen Wirtschaftseliten sind in der Bürgergesellschaft nicht verankert

CASPAR HIRSCHI

Ist die Kultur oder die Wirtschaft schuld? Geht es um die Ursachen des Rechtspopulismus, gibt es anscheinend keine zu einfachen Forschungsfragen. Die Politikwissenschaftler Ronald Inglehart und Pippa Norris haben in einer vielbeachteten Studie 268 Parteien aus 31 europäischen Ländern untersucht und die Antwort gefunden: Der Aufstieg des Rechtspopulismus sei nicht auf einen Aufstand wirtschaftlicher «Habenichtse», sondern auf einen kulturellen «Backlash» gegen den «kosmopolitischen Liberalismus» zurückzuführen.

Den beiden Autoren zufolge hat die Ausbreitung «progressiver» Werte wie des toleranten Multikulturalismus eine «Gegenrevolution» ausgelöst, angeführt von «älteren weissen Männern mit traditionellen Werten», die sich ihre «kulturelle Mehrheit» aus dem letzten Jahrhundert zurückwünschen. So schön – und so einfach. Der Befund von Inglehart und Norris kommt mit den Insignien wissenschaftlicher Exaktheit daher. Jede Partei unter Populismusverdacht erhält einen bis auf die Zehntelstelle berechneten Wert in einem Klassifikationssystem.

Wer sich für die Schweiz interessiert, findet die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit einem Punktesaldo von 89,1 auf der Populismus-Skala, dicht gefolgt von der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) mit 88,8, die im internationalen Vergleich vor Viktor Orbáns Fidesz mit 87,7 oder Jarosław Kaczyńskis PiS mit 83,4 Punkten steht. Ob diese Abstufung angesichts der von Fidesz und PiS geleisteten Abbrucharbeit am ungarischen und polnischen Rechtsstaat sinnvoll ist, sei dahingestellt.

Das Problem geht tiefer: Wer dem Populismus, dessen semantische Unschärfe etwa so gross ist wie die polemische Schärfe, mit quasi-mathematischer Präzision beizukommen versucht, möchte ihn nicht beschreiben, sondern bannen. Die Studie, die auf dem Höhepunkt des US-Wahlkampfs erschien, verrät mehr über die polarisierte Welt, die amerikanischer Akademiker als über die vielgestaltigen Erscheinungsformen des europäischen Populismus.

Der wunde Punkt

Letzterer erscheint als autoritär-reaktionärer Gegenpol zu einem demokratisch-liberalen Kosmopolitismus. Für die von Trumps Vulgarität und Stupidität geschundenen Wissenschaftlerseelen muss es eine Wohltat sein, den Populismus als Rückzugsgefecht alter Bleichgesichter einzuordnen, die sich gegen den Erfolg der an Universitäten vertretenen Weltanschauung stemmen. Nach dieser Logik müsste man nur zuwarten, bis die Wutbürgergeneration das Zeitige gesegnet hat, und das Populismusproblem löst sich von allein.

Inglehart und Norris nennen in ihrer Definition des Populismus als erstes Merkmal den Gegensatz zwischen «gewöhnlichem Volk» und «korruptem Establishment». Die Frage aber, warum heutige Eliten eine so leichte Zielscheibe abgeben, stellen sie nicht. Für manch junge Demokratie des ehemaligen Ostblocks wäre es leicht zu beantworten: Das Bild kommt der Realität erschreckend nahe. Populisten ernten, was postkommunistische Eliten mit ihrer Selbstbereicherung auf Staatskosten gesät haben, und wenn sie selber nur eine Spur weniger korrupt sind, stehen sie schon als Saubermänner da.

In den alten Demokratien des Westens ist die Sache etwas vertrackter. Auffallend ist zunächst, wie eng das populistische Elitebashing mit dem medialen Populistenbashing verzahnt ist. Populis-



Wirtschaftseliten leben in einer abgeschlossenen Welt. Politik ist für sie nur interessant, wenn es darum geht, die eigenen Interessen zu verteidigen.

SEBASTIAN LISTE / NOOR / LAIF

ten und Mainstream-Medien leben, am ausgeprägtesten in den USA, in einer Polarisierungssymbiose. Indem sie aufeinander eindreschen, erhalten beide Seiten mehr Aufmerksamkeit und Einfluss. Dabei bildet die Vorstellung vom Establishment, welche die Populisten beschwören, einen karnevalistischen Gegenentwurf zur Vorstellung vom Populismus, die die Mainstream-Medien verbreiten: unten die Scheinwelt der Hasser, oben die Scheinwelt der Heuchler.

Was ist dran an diesem Bild eines Establishments, das Wettbewerb kultiviert und Abschlüssung praktiziert, das Diversität predigt und Dissidenz bestraft, das Reformen verkündet und Rituale vollzieht, das Demokratie sagt und Technokratie meint? Es vereinfacht und verzerrt zweifellos den Zustand westlicher Eliten in polemischer Absicht. Dennoch scheint es einen wunden Punkt zu treffen. Denn als politische Waffe erzeugt das Bild, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, besonders in jenen Ländern Durchschlagskraft, die zugleich eine starke demokratische Tradition und eine mächtige internationale Wirtschaftselite haben. Das gilt für die Vereinigten Staaten und Grossbritannien ebenso wie für die Schweiz.

Der Populismus in diesen Ländern profitiert davon, dass mit der Globalisierung eine neue Elite entstanden ist, deren politischer Einfluss immens und deren demokratische Einbindung minimal ist. Trotz geografischer Diversität ist sie so homogen, dass ihre Mitglieder problemlos von einer Expat-Community in die nächste wechseln können. Ob in New York, San Francisco, London, Zürich, Genf oder Singapur, überall haben sie Apartments und Villen, Restaurants und Clubs, Shops und Galerien, Business und Charity Events, Privatschulen und Steuerberater.

Im Vergleich zu den bürgerlichen Wirtschaftseliten des 19. und 20. Jahr-

hunderts sind sie kulturell offener und sozial geschlossener. Es ist für sie kein Problem, die Kinder in eine International School zu schicken, in der Amis mit Saudis, Briten mit Russen und Deutsche mit Indern unterrichtet werden. Eine öffentliche Schule aber, wo die Sprösslinge von Taxifahrern und Ärztinnen, Unternehmern und Putzfrauen, Bauarbeitern und Anwältinnen gemeinsam die Schulbank drücken, geht für die meisten nicht.

War die kulturelle Geschlossenheit bürgerlicher Wirtschaftseliten im Nationalstaat verankert, gibt es für die soziale Abschlüssung internationaler Wirtschaftseliten kein politisches, geschweige denn ein demokratisches Fundament mehr. Intervenieren ihre Vertreter in die Politik, dann zur Verteidigung ihrer Interessen, nicht zur Teilhabe am demokratischen Prozess um der Demokratie willen. Es kommt ihnen wenig darauf an, ob sie in einer halb-direkten Demokratie wie der Schweiz oder einer halb-parlamentarischen Diktatur wie Singapur leben. Was zählt sind Komfort, Konsum, Stabilität und Steuerprivilegien.

Eine Weile lang konnten sich die internationalen Wirtschaftseliten als Avantgarde einer neuen globalen Ordnung jenseits staatlicher Strukturen wähnen. Damit aber ist es seit 2008 vorbei. Als die globale Finanzwirtschaft in Schockstarre geriet und im Euroraum die Staatsschuldenkrise ausbrach, standen die Internationalisten als Zauberschülerlinge da, und es waren überwiegend die alten Institutionen des Nationalstaates, die für ihre Rettung aufkommen mussten. Damit aber gerieten die nationalen Politikseliten in Geiselschaft der internationalen Wirtschaftseliten.

Letztere gingen, abgesehen vom havarierten Ruf, gestärkt aus der Krise hervor. Ihre Drohung, bei hartem Durchgreifen in Länder mit nachsichtigeren Regimes abzuwandern, wirkte. In

Amerika und Europa sorgten die staatstragenden Parteien dafür, dass die Krisensymptome bekämpft, die Krisenursachen verdrängt, die Krisenversucher verschont und die Kosten auf künftige Generationen überwältigt wurden.

Der Preis, den die staatstragenden Parteien bezahlten, war hoch. Nationale Politiker vom linksliberalen bis zum rechtskonservativen Lager erschienen als Komplizen einer ökonomischen Internationalen, die gleichermassen über dem Gesetz wie über den Regeln des wirtschaftlichen Wettbewerbs stand. Um den Schaden in Grenzen zu halten, stellten Regierungen ihre Massnahmen als «alternativlos» dar. Damit wurde die Krisenpolitik der demokratischen Streitkultur entzogen und in die Sphäre der technokratischen Notwendigkeit entrückt. Es war eine Konstellation, die geradezu nach einer populistischen Fundamentalopposition schrie.

Was droht unter Trump?

Knapp zehn Jahre nach Ausbruch der Krise besteht die Welt der internationalen Wirtschaftseliten aus «Too Big to Fail»-Fallnetzen, digitalen Monopolen und Steuerprivilegien, während ihre lautesten Repräsentanten mit Inbrunst das Hohelied der «kreativen Zerstörung» und «Disruption» singen, als sei es die persönliche Innovationskraft, die Menschen wie eine Naturgewalt in wenige Gewinner und viele Verlierer aufteile.

Derweil führen ehemalige Regierungschefs demokratischer Staaten wie Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder ein zweites Leben als Lobbyisten für Autokraten und Redner für Plutokraten. Barack Obama macht seit dem Ende seiner Amtszeit alle Anstalten, in ihre Fussstapfen zu treten. Erst lässt er sich von Richard Branson auf dessen Privatinsel in der Karibik verwöhnen und dann von einer Wall-Street-Firma

für ein Honorar von 400 000 Dollar zu einem Vortrag einladen. Staatstragende Parteien, die solche «Elder Statesmen» in ihren Reihen wissen, dürfen sich über wütige Bürger nicht beklagen.

Was droht den internationalen Wirtschaftseliten unter einem Rechtspopulisten wie Donald Trump? Wahrscheinlich wenig. An der Wall Street hat man die Vorteile der Trump-Präsidentschaft rasch erkannt. Er war als Unternehmer weltweit tätig, braucht die Banken als Kreditgeber, hat zur Demokratie ein agnostisches Verhältnis, hält Interessenkonflikte und Steuerumgehungstricks für unproblematisch und lehnt die Bankenregulierung ab.

In Trumps Kabinett haben die internationalen Wirtschaftseliten von Exxon Mobil bis Goldman Sachs die wichtigsten Positionen besetzt. Da ihnen auch im Kongress die Türen offenstehen, haben sie gute Aussichten, ihre steuer-, regulierungs- und umweltpolitischen Vorstellungen durchzudrücken. Trump wird die gesellschaftspolitischen Probleme, die er im Wahlkampf mit seinem Elitebashing bewirtschaftet hat, als Präsident verschärfen, und daraus dürfte mittelfristig die grösste, aber bisher noch kaum bedachte Gefahr für die amerikanische Demokratie erwachsen.

Um aus der Populismusfalle herauszukommen, brauchen westliche Staaten politische Eliten, die es ernst meinen mit der Demokratie und soziale Integration nicht nur von Armuts-, sondern auch von Reichtumsmigranten einfordern. Da es auf internationaler Ebene keine funktionierende Demokratie gibt, muss die Integration auf nationaler und regionaler Stufe erfolgen – im Bewusstsein, dass eine Vielfalt demokratischer Nationalstaaten allemal einer kosmopolitischen Oligarchie vorzuziehen ist.

Caspar Hirschi ist Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen.